

AUSSPRACHE

Noch einmal: Sozialpolitik unter ökonomischem Aspekt

Fred Grondeys kritischen Bemerkungen (Gewerkschaftliche Monatshefte, September 1958) zu meinem Aufsatz ist in einem zuzustimmen: Das Mackenrothsche Prinzip gilt selbstverständlich für *alle* Sozialleistungsträger. Ebenso wenig, wie die Rentenversicherung einer langfristigen Kapitalansammlung für zukünftige Rentenleistungen bedarf, ist es für die Arbeitslosenversicherung vonnöten, einen voluminösen Deckungsstock zu bilden.

Daß Grondey an anderer Stelle die Deutung der von Mackenroth geschilderten Möglichkeiten einer Erhöhung des Sozialaufwandes zum Anlaß nimmt, eine neue Investitionspolitik an der Seite einer geplanten Sozialpolitik zu fordern, ist zwar verständlich, aber über den Rahmen des behandelten Themas wohl doch hinausgehend. Wenn der Kritiker der Folgerung widerspricht, nur ein ständiges Wachstum der Produktivität ermögliche *leiflich* eine Erweiterung der Sozialleistungen, so übersieht er, daß diese Folgerung im Hinblick auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu ziehen war, wie auch ausführlich dargelegt wurde (Gewerkschaftliche Monatshefte 75S, S. 418 ff.).

Selbstverständlich können die Sozialleistungen auch durch Konsumumschichtungen und zu Lasten der Investitionsquote erhöht werden. Forderungen nach derartigen Verfahren sind keinesfalls neu, doch berühren sie eben alle ein Problem, vor dem die Theorie im allgemeinen haltzumachen pflegt und für dessen Lösung es ein allgemeinverbindliches Rezept nicht gibt, nämlich das der gerechten Verteilung. Gewiß — eine Veränderung der Einkommensverteilung kann zu höheren Sozialleistungen und Konsumumschichtungen führen; ebenso ist eine Verringerung oder andere Zusammensetzung der

gegenwärtigen Investitionen möglich. Doch wer bietet die Gewähr, daß die frei werdenden Mittel wirklich dem Sozialetat zugeleitet werden und nicht etwa dem Rüstungsetat? Man könnte hier einwenden, daß auch der Produktivitätszuwachs nicht unbedingt zugunsten des Sozialetats verwendet zu werden braucht — aber zumindest bietet dieser Zuwachs die geeignetste Möglichkeit hierzu.

Das Kernproblem liegt nun einmal in der Verteilung des Sozialprodukts und seines Wachstums. Ob das sozialpolitisch Gewollte verwirklicht werden kann, wird stets von der Vorstellung einer bestimmten „Verteilungsgerechtigkeit“ abhängen. Diese Wertvorstellung ist bei allen Gruppen unserer Gesellschaft zwangsläufig stark voneinander abweichend. Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Steigerungen der Betriebsgewinne einerseits und Rentenerhöhungen, Erhöhungen des öffentlichen Verbrauchs und Steigerung bzw. Änderung der Investitionen andererseits können nicht isoliert betrachtet werden — sie üben komplexe Wirkungen aus. Wie die Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Sozialprodukts erfolgen sollte, bestimmt in den wenigsten Fällen die Theorie, aber fast immer die politische Praxis.

Auch die Investitionen sind nur eine Verwendungsart des Sozialprodukts und dieser Entwicklung unterworfen. Daß es — wie Grondey fordert — im Interesse einer steigenden Produktivität gesamtwirtschaftlich sinnvoll sein könnte, von den Erweiterungs- zu Rationalisierungsinvestitionen überzugehen, die erhöhte Einkommen zu schaffen und stärkere Konsumanreize zu geben vermögen, steht auf einem anderen Blatt. Eine Neukombination der Produktionsfaktoren kann die verschiedensten Effekte erzielen und das Wachstum des Sozialprodukts durchaus begünstigen; zweckmäßige Investitionen bilden somit eine *Voraussetzung* für die Erhöhung des Sozialprodukts. Ob hiervon der Sozialetat profitiert, wird aber zuletzt stets von der augenblicklichen Wertvorstellung des Gesetzgebers von einer „gerechten“ Sozialpolitik abhängen.

Peter Mitzscherling